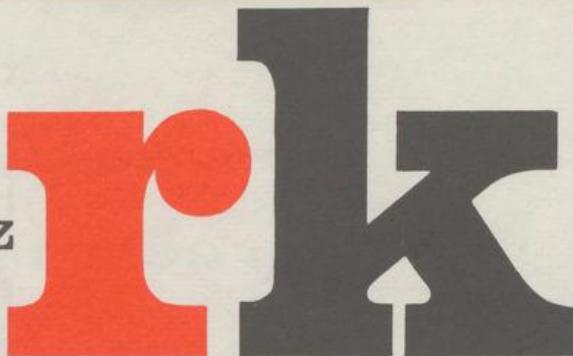


rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Mittwoch, 16. Dezember 1981

Blatt 3411

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag - Festsitzung
(rosa) Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
 Neue Telefonnummern für Allgemeines Krankenhaus

"Zeig Herz -
hilf mit!": Für Einsamenfeiern rechtzeitig anmelden

Lokal: Neue Autobushaltestellen in Hütteldorf
(orange)

Nur
über FS: 15.12. Feuerwehr barg versenkte "Überfuhr"
 16.12. Schneeglätte wird erwartet

Für Einsamenfeiern rechtzeitig anmelden (1)

=++++

1 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Reges Interesse herrscht bisher für die von der Wiener Stadtverwaltung auch heuer wieder in einem Großteil der Bezirke am 24. und 31. Dezember in den Pensionistenklubs durchgeführten Einsamenfeiern. Der Besuch der Klublokaltäten steht bekanntlich allen Personen offen, auch wenn diese nicht Klubbesucher sind. Sinn und Zweck dieser Aktion ist es, an diesen beiden Tagen den alleinstehenden Wienerinnen und Wienern, die sich vielleicht besonders einsam und verlassen fühlen, die Möglichkeit zu bieten, dieser Einsamkeit zu entfliehen. Auf Grund des regen Interesses und der zahlreichen Anmeldungen ersucht das Sozialamt, Interessenten, die keine Pensionistenklubbesucher sind, sich für diese Veranstaltungen möglichst bald, spätestens jedoch bis 21. Dezember, beim zuständigen Bezirkssozialreferat anzumelden.
(Forts.) zi/bs

NNNN

Zeig Herz-hilf mit!



Für Einsamenfeiern rechtzeitig anmelden (2)

=++++

2 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Am Heiligen Abend werden folgende Pensionistenklubs geöffnet sein:

- 2, Praterstern 1 (Haus der Begegnung) 15 bis 18 Uhr
- 3, Weißgerber Lände 24, 16 bis 19 Uhr
- 6, Königseggasse 20 (Haus der Begegnung) ab 14 Uhr
- 8, Bennoplatz 8 a, 15 bis 18 Uhr
- 10, Puchsbaumplatz 13, 16 bis 20 Uhr
- 11, Enkplatz 2, 15 bis 19 Uhr
- 12, Meidlinger Hauptstraße 4, ab 13.30 Uhr
- 13, Fasangartengasse 65 a, 15.30 bis 18 Uhr
- 14, Penzinger Straße 150, 15 bis 18 Uhr
- 15, Schwendergasse 41, 16 bis 18.30 Uhr
- 16, Wurlitzergasse 59, 14 bis 18 Uhr
- 17, Jörgerstraße 38, 15 bis 19 Uhr
- 17, Dr.-Josef-Resch-Platz 6, 15 bis 19 Uhr
- 18, Weimarer Straße 8 - 10, 15 bis 18 Uhr
- 20, Leithastraße 29 - 33, 15 bis 17 Uhr
- 21, Jedleseer Straße 66 - 94, 14 bis 19 Uhr
- 22, Erzherzog-Karl-Straße 65/20 (Eingang Gumplowiczstraße)
15 bis 20 Uhr.

Zu Silvester werden folgende Pensionistenklubs geöffnet sein:

- 3, Weißgerberlände 24, 17 bis 21 Uhr
 - 7, Hermannngasse 24 - 26, 16 bis 18 Uhr
 - 11, Enkplatz 2, 15 bis 19 Uhr
 - 15, Nobilegasse 33, 15 bis 18.30 Uhr
 - 16, Schuhmeierplatz 17, 14 bis 18 Uhr
 - 17, Dr.-Josef-Resch-Platz 6, 15 bis 19 Uhr.
- (Schluß) zi/gg

NNNN

Neue Telefonnummern für Allgemeines Krankenhaus

=++++

3 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses wird kommenden Freitag, den 18. Dezember, die neue Telefonzentrale ihren Betrieb aufnehmen. Auf Grund notwendiger Umschaltarbeiten werden die Telefonverbindungen innerhalb des Krankenhauses in der Zeit von 13 Uhr bis etwa 18 Uhr unterbrochen sein. Während dieses Zeitraumes wird das Bundesheer eine eigene Funkleitstelle einrichten, so daß in dringenden Fällen über die Rufnummer 48 00 die Telefonzentrale erreicht werden kann. Die Weitergabe wichtiger Mitteilungen an die neuen Kliniken und Dienststellen wird mittels Funk möglich sein. Nach durchgeführter Umschaltung wird das Allgemeine Krankenhaus über die neue Rufnummer 48 00 erreichbar sein, wobei intern auch die Nebenstellen durch neue Rufnummern ersetzt werden. (Schluß) zi/ap

NNNN

Neue Autobushaltestellen in Hütteldorf

=++++

4 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Rechtzeitig vor der Verlängerung der U-Bahn-Linie U 4 bis Hütteldorf am kommenden Sonntag stehen ab Freitag, dem 18. Dezember, auch die neuen Autobushaltestellen auf dem Bahnhofsvorplatz - zunächst provisorisch - zur Verfügung. Die Umbauarbeiten sind so weit fortgeschritten, daß die neue Haltestellenordnung für die hier ankommenden und abfahrenden Autobusse in Kraft treten kann. Die Umsteigemöglichkeiten zwischen U-Bahn-, Eisenbahn- und Autobuslinien werden dadurch wesentlich verbessert. Die Keißlergasse kann ebenfalls ab Freitag wieder unbehindert befahren werden. (Schluß) ger/bs

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Festsitzung 60 Jahre Bundesland Wien

=++++

5 #Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Am 28. Dezember 1921 beschloß der niederösterreichische Landtag die Trennung von Wien und Niederösterreich zu selbständigen Bundesländern. In Erinnerung an dieses Ereignis vor 60 Jahren trat der Wiener Landtag am Dienstag zu einer Festsitzung zusammen.

Erster Landtagspräsident Hubert PFOCH konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, unter ihnen Bundeskanzler Dr. Bruno KREISKY und andere Mitglieder der Bundesregierung, Nationalratspräsident Anton BENYA und zahlreiche andere Vertreter des Nationalrates und des Bundesrates, Repräsentanten der anderen Bundesländern, darunter die Landeshauptleute von Niederösterreich und Kärnten, Siegfried LUDWIG und Leopold WAGNER, die drei Volksanwälte, Bundesparteiobermann Dr. Norbert STEGER, Repräsentanten der Interessensvertretungen und der Kirchen sowie zahlreiche frühere Mandatäre mit Vizekanzler a. D. Dr. Bruno PITTERMANN und Altbürgermeister Bruno MAREK an der Spitze.#

Landtagspräsident PFOCH schilderte die Vorgänge vor 60 Jahren, die zur Bildung des Bundeslandes Wien führten. Die erste allgemeine und gleiche Wahl des Wiener Gemeinderates am 4. Mai 1919 brachte den Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Sie wurden auch die stärkste Fraktion im niederösterreichischen Landtag und der Ottakringer Sozialdemokrat Albert SEVER wurde zum Landeshauptmann von Niederösterreich gewählt.

Es gab wachsende Spannungen zwischen dem sozialdemokratisch dominierten Wien und dem noch überwiegend agrarisch strukturierten und konservativen Niederösterreich. Es gab auch Befürchtungen der anderen Bundesländer wegen einer Majorisierung durch das große Bundesland Niederösterreich. So kam es dazu, daß bereits in der Bundesverfassung von 1920 die Trennung von Wien und Niederösterreich festgelegt wurde. (Forts.) sti/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Festsitzung 60 Jahre Bundesland Wien

=++++

6 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Übergangszeit wurden zwei getrennte Landtagskurien Wien und Niederösterreich-Land gebildet, die in gemeinsamen Angelegenheiten - Landesanstalten, Landesbahnen, Landesvermögen usw. - gemeinsam tagten.

In der Schlußsitzung des niederösterreichischen Landtages sagte Landeshauptmann Sever: "Für uns Niederösterreicher bringt die neue Verfassung noch mehr als für die anderen Länder. Die ungeahnte sprunghafte Entwicklung unseres Wien hat das flache Land an Volkszahl und Reichtum weiter hinter sich gelassen; das Kind ist der Mutter über den Kopf gewachsen, ein Haus für beide zu klein geworden, in dem einen Landtag - in unserem bisherigen Landtag - haben sich beide beengt gefühlt, keines so recht zu Hause. Die neue Verfassung will jedem, der Stadt und dem Land, das Seine geben: Wien und Niederösterreich, durch Jahrhunderte vereint, werden nun gesondert ihres Weges gehen."

Über die weiteren Ereignisse sagte Pfoch: "Mit 1. Jänner 1922 traten die Tennungsgesetze in Kraft. Neue Aufgaben und harte Bewährungsproben standen dem Bundesland Wien bevor. Ihre Bewältigung sollte dem Wien der Zwischenkriegszeit als einer Weltstadt des sozialen Gewissens neue weltweite Geltung bringen. Der soziale Wohnbau, der Aufbau eines modernen Fürsorgesystems und die Schulreform stehen stellvertretend für viele andere Aktivitäten, die damals heftig umstritten, heute allgemein anerkannt und geschätzt sind."

Pfoch verwies auf die Tragödie des Faschismus und des Krieges, schilderte das große Aufbauwerk nach dem Krieg und dankte allen, die dazu beigetragen haben. (Forts.) sti/bs

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Festsitzung 60 Jahre Bundesland Wien

=++++

7 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Leopold GRATZ verwies in seiner Festrede darauf, daß diese Sitzung inmitten der Budgetdebatte, also sehr lebhafter parlamentarischer Auseinandersetzungen stattfindet. "Gerade diese in der Demokratie selbstverständlichen Auseinandersetzungen geben manchmal vornehmen Kommentatoren Anlaß, die Nase zu rümpfen über das sogenannte Parteiengezänke," sagte Gratz. "Da sollten wir daran denken, daß unweit von uns, in Polen, seit Sonntag keine Diskussionen mehr zu hören sind und keine Auseinandersetzungen der Ideen, weil dort die Friedhofsruhe der Militärs und des Kriegsrechts herrscht. Da sollten wir uns doch darauf besinnen, daß jede noch so heftige parlamentarische Auseinandersetzung, jede dem einzelnen Amtsträger noch so unangenehm und ungerecht erscheinende Kritik der Medien, jeder noch so heftige Zank der Parteien unendlich besser sind als die Ruhe der Diktatur, die Stille der Unterdrückung und das Schweigen der Angst. Ich bin mir der Zustimmung des Wiener Landtages sicher, wenn ich in dieser Stunde unser tiefes Mitgefühl mit dem polnischen Volk zum Ausdruck bringe, das in seiner Geschichte schon so viele Leiden als Opfer fremder Großmachtpolitik erdulden mußte. Möge es dem polnischen Volk gelingen, die gegenwärtige Krise ohne Einmischung von außen aus eigener Kraft zu bewältigen. (Forts.)

sti/ap

NNNN

16. Dezember 1981

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3419

Wiener Landtag (4)

Utl.: Festsitzung 60 Jahre Bundesland Wien

=++++

8 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Gratz stellte fest, daß die Teilung Wiens von Niederösterreich vor 60 Jahren die historischen Bindungen Wiens an sein Umland nicht beseitigen konnte. "Ich freue mich, feststellen zu können, daß sich im letzten Jahrzehnt auch die formale Zusammenarbeit zwischen den beiden Bundesländern weiter verbessert hat", sagte Gratz. Ererinnerte an die gemeinsame Revitalisierung von Laxenburg, an den gemeinsamen Verein für den Ausbau von Erholungsgebieten und an die 1978 erfolgte Gründung der Planungsgemeinschaft Ost, deren Arbeit schon in den ersten Jahren sehr ermutigend ist.

Die Interessen einer Stadt wie Wien gehen allerdings weit über diese regionale Bindung hinaus. In den letzten Jahren ist es der Stadt gelungen, wieder internationales Ansehen und internationale Geltung zu erlangen, allerdings unter völlig anderen Bedingungen und mit anderen Vorzeichen als in den Zeiten der Monarchie. Das kam nicht von selbst, dazu waren große Bemühungen und Leistungen notwendig. Die Türme der UNO-City, anfangs so umstritten und kritisiert, heute allseits anerkannt, sind der sichtbarste Ausdruck dieser Bemühungen.

Gratz betonte, daß gerade Wien für eine weitere positive Entwicklung die Fortsetzung der Entspannungspolitik braucht. "Für Nationen und Regierungen, weit weg von der Bruchlinie zwischen dem Kommunismus und der freien Welt, mag die Frage der Entspannungspolitik ein Problem theoretischer, strategischer und ökonomischer Überlegungen sein. Für Österreich und Wien ist sie eine unmittelbare existenzielle Frage der weiteren Entwicklung." (Forts.)
sti/bs

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Festsitzung 60 Jahre Bundesland Wien

=++++

9 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Gratz sagte weiter: "Die Demokratie ist die einzige Regierungsform, die man nicht zertrümmern muß, um Änderungen zu erreichen, sondern die ihre Kraft aus permanenten Änderungen schöpft. In diesem Sinne sollte es jene, die stolz sein können, dafür gesorgt zu haben, daß Not und Elend aus unserem Land verschwunden sind, nicht bestürzen, daß die Jugend immer wieder die Frage nach den Werten über die materielle Existenzsicherung hinaus stellt. Es ist gut, daß jede Generation, die heranwächst, sich und allen anderen immer wieder die Frage nach den Zielen ihres Lebens und ihrer Arbeit stellt. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß unsere Demokratie aus dieser permanenten furchtbaren Diskussion gestärkt werden wird, wenn alle Verantwortlichen bereit sind, offen - wenn auch in Konfrontation der Standpunkte - sich mit allen Ideen auseinanderzusetzen." (Schluß) sti/di

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Stadtplanung

=++++

10 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde Mittwoch mit der Beratung der Geschäftsgruppe Stadtplanung fortgesetzt. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) betonte die Bedeutung der Stadtplanung für die Weiterentwicklung Wiens. Für das kommende Jahr kündigte Wurzer ein Gutachten zur Erweiterung des Schienenverbundprojektes, die Entscheidung über die U 3-Trasse in Mariahilf sowie das Ergebnis einer Untersuchung über die Verlängerung der U 3 bis zum Enkplatz und ihre Verknüpfung mit der Ostbahn an. Bei der U 6 ist noch die Trassenentscheidung bezüglich der Querung des Wientales offen. Wurzer sagte, er hoffe auf eine endgültige Entscheidung des Bundesdenkmalamtes in dieser Frage. Die Beibehaltung der Otto-Wagner-Brücke würde eine Verringerung der Durchschnittsgeschwindigkeit auf dieser Strecke mit sich bringen. Auch das Alter der Brücke gab Wurzer zu bedenken. Abschließende Straßenplanungen kündigte Wurzer im Bereich der S2, der Bundesstraße 3 und des Knotens der B 16 mit der Außenringautobahn an. Dabei wies er auf die große Bedeutung der Außenringautobahn für die Entlastung der südlichen und südöstlichen Bezirke Wiens hin.

Wurzer kündigte die Schaffung weiterer Bezirksverkehrskonzepte in den Bezirken 13,20,21 und 22 an. Das Konzept im 10. Bezirk wurde bereits ausgearbeitet, für den 5. und 12. Bezirk sind die Konzepte in Ausarbeitung. Weitere Bezirksentwicklungspläne werden nach Fertigstellung des Modellfalls eines Planes für den 3. Bezirk in Angriff genommen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Stadtplanung

=++++

11 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Als besonders wesentlich bezeichnete Wurzer die Intensivierung der Stadtteilplanung. Wurden 1981 Planungen für die Gebiete Leopoldau, Inzersdorf, Ober- und Unterlaa und Augustinerwald fertiggestellt, so stehen 1982 eine lange Reihe von Projekten, darunter für Kaiserebersdorf, Dornbach, Albern, Zentrum Floridsdorf, Kaisermühlen und Aspern auf dem Programm. In diesem Zusammenhang wies Wurzer darauf hin, wie wichtig die Information des Bürgers hier ist, und dankte dem PID für die diesbezügliche Arbeit.

Zum Stadtentwicklungsplan sagte Wurzer, daß auf Grund eines Landschaftsrahmenplanes die objektiven Grundlagen für die weitere Grünpolitik erstellt werden sollen. Die Koordination von Wohnbauflächen und Betriebsansiedlungsgebieten wird sich in einem neuen Flächenwidmungsplan niederschlagen. Am Beispiel der Inneren Stadt wies Wurzer schließlich auf die Komplexität der Stadtplanung und auf die Wichtigkeit, Stadtgestaltung und Funktionstüchtigkeit zu verknüpfen, hin. Wurzer betonte abschließend die Notwendigkeit eines besonderen Verständnisses für die Bedürfnisse der Stadt durch die Politiker und durch die Bürger. Die Zukunft Wiens liegt in der Zusammenarbeit aller Beteiligten. (Forts.) gab/di

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Stadtplanung

=++++

12 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl. Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß im Zusammenhang mit dem Ausbau der U 6 die Otto-Wagner-Brücke durchaus in ihrer Funktion erhalten werden könnte. Er sprach sich gegen den Abbruch dieses Bauwerkes ebenso aus wie gegen seine funktionslose Erhaltung. Die Otto-Wagner-Brücke sei ein wichtiger Teil eines Gesamtkunstwerkes.

Mit der Fertigstellung des Entwurfes zum Stadtentwicklungsplan treten wir in eine Diskussionsphase ein, an deren Ende der definitive Stadtentwicklungsplan stehen soll, sagte Pawkowicz. Der Stadtentwicklungsplan kann ein geeignetes Instrument für eine kontrollierte Entwicklung unserer Stadt sein. Er ist in dieser Hinsicht eines der umfassendsten Werke, das jemals dem Gemeinderat vorgelegt worden ist. Unbedingt notwendig erscheint es, eine Teilnahme der Bürger an der Diskussion zu ermöglichen. Über die Zielvorstellungen herrscht weitgehende Übereinstimmung, nicht aber über die praktische Umsetzung. Bei den konkreten Maßnahmen scheiden sich die Geister. Technokraten wollen Ökologen und Humanisten nur allzu leicht "einsackeln".

Der Bau der geplanten Abfahrt nach Grinzing würde zu einem starken Verkehrsdruck in diesem Gebiet führen. Schon der "Grinzing-Plan" aus dem Jahre 1976 hatte auf die negativen Auswirkungen einer solchen Abfahrt hingewiesen. Pawkowicz stellte den ANTRAG, die Grinzing-Abfahrt von der Nordbrücke aus der Planung zu streichen.

Er kritisierte, daß das Beschleunigungsprogramm für öffentliche Verkehrsmittel trotz einer klaren Mehrheit bei der Volksbefragung nicht durchgezogen wurde. Die Zielsetzung des Stadtentwicklungsplanes, den bestehenden öffentlichen Verkehrssystemen wieder mehr Beachtung zu schenken, ist auch unser Anliegen, schloß Pawkowicz. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Stadtplanung

=++++

13 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Das Planungsbudget ist von 25 auf 23 Millionen abgemagert, erklärte GR. Dr. MAYR (ÖVP). Besonders zu kritisieren ist die Sperre der Planungsgelder für die U 3 und die U 6. Damit wird der Bau dieser beiden Linien auf Jahre hinausgeschoben.

Die Stadt Wien erwartet sich im nächsten Jahr 613 Millionen vom Bund für die U 3 und die U 6. Im Bundesbudget ist dafür kein Geld vorgesehen. Offensichtlich wurde der Staatsvertrag mit dem Bund so ungenau abgefaßt, daß es nun zu Auslegungsschwierigkeiten kommt.

Von der Stadtplanung wird für die U 6 im Bereich der Otto-Wagner-Brücke und in Meidling eine neue Variante verfolgt. Diese sollte möglichst schnell im Planungsausschuß besprochen werden.

Der Klubobmann der SPÖ, Edlinger, hat den Stadtentwicklungsplan als "gute Archivarbeit" qualifiziert. Er kündigte an, daß SP-Experten diesen Plan nun überarbeiten werden. Einer solchen Vorgangsweise und einem so entstandenen Stadtentwicklungsplan wird die ÖVP sicher nicht zustimmen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Stadtplanung

=++++

14 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. KNEISLER (SPÖ) gab einen Überblick über die historische Stadtentwicklung Wiens und verwies darauf, daß die Entwicklung der Vororte unkoordiniert verlaufen ist. Der Generalregulierungsplan konnte nur geringe Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben. Unserer Generation wurde eine Stadt überliefert, die den heutigen Anforderungen nicht entspricht, sagte Kneisler weiter und erklärte, Wien brauche einen Stadtentwicklungsplan, der in die Zukunft weist und jeweils wichtigen Veränderungen Rechnung trägt. Er erläuterte die negative Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren und verwies darauf, daß diese Tendenz nicht nur in Wien, sondern in allen westeuropäischen Städten feststellbar ist. Bei der Stadtentwicklungspolitik müsse man die Bedeutung der Metropole weit über ihre politischen Grenzen hinaus betrachten und sie entsprechend respektieren. Er verlangte eine Anwendung des Verursacherprinzips zwischen der Stadt Wien und ihrem Umland: Die Kosten des Verkehrs müßten, so Kneisler, von den Agglomerationsgemeinden mitgetragen werden. Die Stadtentwicklungspolitik müsse nachvollziehbar und die Basis für eine konstruktive Kritik sein. Nach der Diskussionsphase, in der besonders auch junge Menschen zu Wort kommen sollen, soll im Gemeinderat der Entwurf eines Stadtentwicklungsplanes zum Beschluß vorgelegt werden, der geeignet ist, die gesteckten Ziele zu erreichen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Stadtplanung

=++++

15 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Kritik am vorhandenen und geplanten Radwegenetz übte GR. ARTHOLD (ÖVP).

Es gibt zwar einen eindeutigen Trend zum Radfahren, aber der Wiener Radfahrer habe es schwer: Ihm stehen nur elf Kilometer Radwege zur Verfügung. Dafür gibt es eine "Ankündigungssorgie" für Radwege in der Rathaus-Korrespondenz. Im Budget 1982 sind nur sechs Millionen für den Ausbau des Radwegenetzes vorgesehen. Ein Kilometer Radweg kostet zwischen 0,7 bis 1,6 Millionen S. Für eine erste Ausbaustufe des Radwegenetzes über den Donaukanal, dem Ring und im Hansson-Zentrum wären 58 Millionen notwendig. Nach europäischem Niveau müßten 600 Kilometer Radwege in Wien ausgebaut werden. Experten halten den Ausbau nur dann für sinnvoll, wenn er rasch geschieht. Die Benützung des Treppelweges als Radweg auf der Donauinsel und entlang des Donaukanals haben die Wiener für sich entdeckt. Den Treppelweg als Radweg zu bezeichnen, dient der Kosmetik. Wenn nur 5 Prozent aller Autofahrer auf das Rad umsteigen, ergibt das große Energieeinsparungen. Es müßte jedoch gelingen, das Radfahren nicht nur für die Freizeit, sondern auch für den Berufsverkehr attraktiv zu machen. Die ÖVP wartet auf ein realistisches Konzept.

GR. Arthold stellte fest, daß der Stadtentwicklungsplan zwar lobenswerte Ziele enthalte, diese jedoch derzeit von der SPÖ-Regierung im Rathaus nicht befolgt werden. Es hätte sonst keine Beschlußfassung über Baugenehmigungen auf den Steinhofgründen und auf dem Laaer Berg geben dürfen. Auch die Planungsänderung der B 16 sei begrüßenswert doch kenne er nicht den derzeitigen Planungsstand bedauerte Arthold. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Stadtplanung

=++++

16 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) GR. GLÜCK (ÖVP) betonte die Notwendigkeit der Schaffung neuer Grünflächen im dichtverbauten Gebiet. 31 Prozent der Wiener Bevölkerung wohnen in diesbezüglich unterversorgten Gebieten. Dabei wies Glück darauf hin, daß zahlreiche Flächen zwar auf Grünland gewidmet sind, dieser Widmung jedoch keine Realisierung folgt, so wie bei einem Areal der Wiener Verkehrsbetriebe in der Aßmayergasse in Meidling, das bereits seit über sechs Jahren auf eine Verwirklichung diesbezüglicher Pläne wartet. Die rasche Realisierung derartiger Parkanlagen "in Kinderwagennähe" würde eine wesentliche Verbesserung der Wohnsituation in den dichtbebauten Gebieten bedeuten.

Zur Frage der Gartensiedlungen sagte Glück, daß die diesbezüglichen Umwidmungen Vor- und Nachteile mit sich bringen. Die Gemeinde Wien könnte durch eine objektive Kostenübersicht bei Umwidmungsplänen dazu beitragen, den Betroffenen eine Entscheidung zu ermöglichen.

Schließlich verlangte Glück die Sicherung und Erweiterung der Wiener Kleingartenflächen, da trotz bereits getroffener positiver Maßnahmen noch immer ein Defizit von rund 2.000 Kleingärten bestehe. Als Negativbeispiel nannte Glück die Schleifung der Kleingärten, die sich auf ÖBB-Gründen bei der Kerschsteinergasse und Kundratstraße befanden. Die dortigen Flächen wurden teilweise von den ÖBB verbaut, auf dem restlichen Gebiet will jetzt die Stadt Wien Sport- und Grünanlagen errichten. Dieses nun geplante Erholungsgebiet hätte man bei Belassung der dortigen Kleingärten billiger haben können.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Stadtplanung

=++++

17 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Der Kleingartenbeirat existiert auf Grund des Kleingartengesetzes, sagte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), und ist im Interesse der Kleingärtner in Abwägung der Gesamtinteressen der Stadt tätig.

In Favoriten liegt ein Radwegekonzept vor, daß der Öffentlichkeit auch vorgestellt wurde. Es geht nicht um Perfektionismus, sondern darum, mit den vorhandenen Mitteln das Maximum für die Menschen zu schaffen.

Der Stadtplanung wurde der Auftrag erteilt, Stadtteilpläne auszuarbeiten. Sie erhielt damit eine neue Aufgabe, die einen Lernprozeß notwendig macht. Die SPÖ tritt für die Demokratisierung in allen Lebensbereichen ein. Die Stadtteilplanung muß die Beteiligung der Bürger am Planungsprozeß sicherstellen. Dadurch ist auch eine stärkere Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Planung möglich.

Die Erfahrungen mit dem Pilotprojekt am Heuberg zeigten, daß die gewählte Vorgangsweise grundsätzlich richtig war. Die Anteilnahme der Bevölkerung war sehr groß. Svoboda wies auf das große Engagement aller Beteiligten hin. Es zeigte sich aber auch, daß noch verschiedene Verbesserungen möglich und notwendig sind. Der von der Stadtplanung eingeschlagene Weg ist erfolgversprechend, der Lernprozeß aber noch keineswegs abgeschlossen.

Der ÖVP warf Svoboda vor, zu versuchen, die Glaubwürdigkeit der Verwaltung und der SPÖ-Mandatäre in Frage zu stellen. So wurde seitens der ÖVP von einer "Demokratiefalle" Heuberg gesprochen. Außerdem versuche die ÖVP, die Leistungen anderer als ihren Erfolg auszugeben.

Stadtteilplanung bedeutet Information und Aufklärung, Einschaltung der Bevölkerung in den Planungsprozeß, intensive Würdigung von Einzelinteressen in Abwägung der Gesamtinteressen sowie Transparenz der Planung, schloß Svoboda. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Stadtplanung

=+++

19 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP hat die Einführung der Stadtteilplanung begrüßt, erklärte GR. Dr. MAYR (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung zum Kapitel Stadtplanung. Bei der Stadtteilplanung Heuberg ist jedoch scharf zu kritisieren, daß der sozialistische Bezirksvorsteher-Stellvertreter die Bevölkerung in eine bestimmte Richtung drängen wollte.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER (SPÖ) nahm zu einigen Debattenbeiträgen Stellung. Die Benützung der nahezu hundert Jahre alten Otto-Wagner-Brücke für die U-Bahn ist ein gewisses Risiko. Man muß diese Frage sehr genau klären.

Die finanziellen Mittel für die U 3 und U 6 werden zeitgemäß bereitgestellt. Das Bundesland Kärnten und das Bundesland Niederösterreich schlossen mit dem Bund ähnliche Verträge wie Wien. Auch in diesen Verträgen waren keine detaillierten Projektsangaben enthalten.

Bei der Stadtteilplanung werden die Politiker nicht ausgeschlossen. Es ist anzunehmen, daß an öffentlichen Veranstaltungen die Politiker teilnehmen.

Der Stadtentwicklungsplan wurde in vierjähriger Arbeit gewissenhaft erstellt. Er wurde nun der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach einer breiten Diskussion wird sich der Wiener Gemeinderat damit beschäftigen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Städt. Dienstleistungen

=++++

20 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) "Das klaglose Funktionieren von Ver- und Entsorgung gilt international als Prüfstein für die Effizienz städtischer Verwaltung", sagte Stadtrat VELETA (SPÖ), und er glaube sagen zu können, daß Wien keinen Vergleich zu scheuen hat. Die wichtigen Dienstleistungen werden hier so selbstverständlich empfunden, daß man ihrer erst gewahr würde, wenn sie ausfielen.

Die Holding und ihre 33 Tochterfirmen sind ein wesentlicher Bestandteil der Wiener Wirtschaft, sagte Veleta weiter. Aus der Vielfalt der Aufgabenstellung sei jedem klar, daß nicht jedes Unternehmen gewinnbringend arbeiten kann.

Die Kläranlage stelle einen entscheidenden Beitrag der Stadt zum Umweltschutz dar. Die Reinigungsleistung liege weit über den wasserrechtlich vorgeschriebenen Werten. Seit ihrer Inbetriebnahme habe sich die Wassergüte der Donau von der Güteklasse 4 auf die Güteklasse 2 bis 3 verbessert. Eine Verminderung der Geruchsbelästigung konnte durch die Verringerung der Füllhöhe in den Stapelbehältern bereits weitestgehend erreicht werden. Weitere Maßnahmen wurden schon gesetzt oder sind in Vorbereitung. Gegenwärtig laufen Untersuchungen über die Abwärmeverwertung der EBS. Noch vor Jahresende werden an den Kreiseltischen Plastikschürzen montiert. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 130 Millionen Kubikmeter Abwasser zu 80 Prozent gereinigt. Wie Veleta weiter ausführte, werden auch im kommenden Jahr verschiedene Kanäle projektiert und gebaut; das betrifft auch den Umbau des rechten Donaukanal-Hauptsammelkanals im untersten Teil. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

++++

21 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Der vorausblickenden Tätigkeit der Wasserwerke sei es zu danken, sagte Veleta weiter, daß es seit 1972 keine Wassersparmaßnahmen mehr gab. Dies konnte durch konsequente Lecksuche und die Erschließung neuer Wasservorkommen erreicht werden: Bei der Dritten Wasserleitung konnten während des wasserwirtschaftlichen Versuchs insgesamt 6,7 Millionen Kubikmeter Grundwasser gefördert werden. Anfang kommenden Jahres wird ein Teilstück der Ringleitung Ost in Betrieb genommen werden können.

Nach der Reaktivierung der 16 Wiener Sperrfriedhöfe wurden 1981 für Instandsetzungsarbeiten sieben Millionen ausgegeben, die Arbeiten gehen weiter. Zirka 1.500 Gräber werden auf diesen Friedhöfen für eine Wiedervergabe zur Verfügung stehen. Das Programm zur parkähnlichen Ausgestaltung der Friedhöfe wird weitergeführt.

Von Stadtreinigung und Fuhrpark werden heuer insgesamt rund 580.000 Tonnen Müll (12.000 mehr als 1980) beseitigt werden. Veleta verwies auf die führende Stellung Wiens bei der staub- und geruchsfreien Beseitigung des Mülls mittels Normbehältern und berichtete über die versuchsweise Einführung von Müllpressen auf Märkten. Derzeit gebe es zur Müllbeseitigung zwei Verbrennungsanlagen und eine Deponie. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der im Gemeinderat vertretenen Parteien wurde eine Recycling-Anlage errichtet, ein Projekt, das erstmals realisiert wird und auf internationales Interesse gestoßen ist. Daß beim Probetrieb Schwierigkeiten auftreten können, sei begreiflich: diese Phase dient ja der Erkennung von Schwachstellen. Alle Vorwürfe gegen Rinter werden vom Kontrollamt auf Richtigkeit und Stichhaltigkeit geprüft. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

22 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Hinsichtlich des Winterdienstes erläuterte Veleta, daß im vergangenen Winter fast 116.000 Kubikmeter Schnee abtransportiert werden mußten. Es waren 49.500 Tonnen Streumaterial und 13.000 Tonnen Salz erforderlich. Nunmehr hat eine österreichische Firma ein umweltfreundliches Auftaumittel entwickelt, das jetzt in einem Großversuch getestet wird. Über Winterdienst und Sicherheit kündigte Veleta für das kommende Jahr eine Enquete an.

Weiters wies der Stadtrat auf die Bedeutung von Marktamt, Veterinäramt und Lebensmitteluntersuchungsanstalt für den Konsumentenschutz hin.

Bei der Grundstücksabteilung (MA 69) bildeten Transaktionen für Wohnbau, Betriebsaufschließungen, Tiefbau und infrastrukturelle Einrichtungen Schwerpunkte der Tätigkeit. Für die Fortsetzung des vom Bürgermeister Gratz initiierten Siedlungsprogramms werden nun weitere 600 bis 700 Grundstücke bereitgestellt. Die Kleingartenflächen auf städtischen Grundstücken sind um zwölf Prozent gewachsen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

23 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Recycling-Projekt Rinter sprach GR. KUCHAR (FPÖ). Seine Fraktion hat dem Projekt zugestimmt, weil die Idee des Recyclings grundsätzlich richtig ist. Diese Zustimmung schließt eine weitere Kontrolle und die Kritik an dem gegenwärtigen Projekt nicht aus. Das Problem sei, daß dem Gemeinderat nur ein konkretes Projekt zur Abstimmung vorgelegt wird, ohne daß aus den Akten der nähere Hintergrund ersichtlich sei. Als das Rinter-Projekt 1979 beschlossen wurde, war Prutscher noch ein unbeschriebenes Blatt. In der Zwischenzeit ist er durch verschiedene Skandale bekannt geworden. Der Kontrollamtsbericht hat gezeigt, daß das Drängen der FPÖ auf Überprüfung richtig war. Stadtrat und Bürgermeister wurden vom Aufsichtsrat offensichtlich falsch informiert. Warum zahlt die Stadt bereits das volle Entgelt, wenn nicht die volle Leistung erbracht wird, fragte Kuchar? Der FPÖ-Gemeinderat erinnerte an den Antrag der Freiheitlichen, Zahlungen an die Rinter AG sofort einzustellen. Mit den Steuergeldern der Wiener soll sparsamer umgegangen werden. (Forts.)

ba/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

24 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm.Dr. Maria SCHAUMAYER bemängelte zunächst, daß sich das Bekenntnis der Sozialisten zur Stadterneuerung nicht in der Grundankaufspolitik der Stadt Wien niederschlägt. Allein die Mittel für das Palais Harrach und das Bürohaus in der Lerchenfelder Straße binden 52 Prozent des Betrages, der 1982 für Grundankäufe vorgesehen ist. Zusätzlich sei freilich zu sagen, daß die Daten des Budgetvoranschlags von Jahr zu Jahr weniger mit der Wirklichkeit übereinstimmen, was einen Mangel an planvoller Verwaltung bedeutet.

Zum Bereich der EBS sagte Schaumayer, daß hier mittels des Anziehens der Gebührenschaube auf Kosten der Wiener Bevölkerung ein Übergewinn für die Holding bewirkt wird.

Bezüglich der Rinter AG erinnerte Schaumayer daran, daß die ÖVP schon im März 1981 eine Anfrage nach der Deponierung des Restmülls und rechtlichen Fragen rund um die Rinter AG gestellt hat und am 5. Juni 1981 in einem dringlichen Antrag dazu aufgefordert hat, daß die Stadt Wien ihre rechtliche Stellung und den ihr zustehenden Einfluß in der Rinter AG wahrnimmt. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

25 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Schaumayer wies darauf hin, daß die Rinter AG im bisherigen Probetrieb nur etwa ein Zehntel der für den Vollbetrieb vertragsgemäß abzunehmenden Mindestmüllmenge übernimmt. Überdies ist es technisch und praktisch kaum vorstellbar, daß das Werk in seiner derzeitigen Ausstattung dem Vertrag voll entspricht. Schaumayer stellte den ANTRAG, der zuständige Stadtrat solle unverzüglich Verhandlungen über eine realistische Neufassung des Vertrages aufnehmen. Dabei sollen der Probetrieb begrenzt werden und die vertragliche Jahresmenge für den Vollbetrieb und auch das vereinbarte Jahresentgelt reduziert werden. Das Entgelt für den Probetrieb soll in Relation zur Leistung herabgesetzt, ein Rücktrittsrecht der Stadt vom Vertrag verankert und Deponiegebühren in Rechnung gestellt werden. Die SPÖ sollte sich durchringen, schloß Schaumayer, und diesem Antrag im Sinne des Steuerzahlers zustimmen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

26 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Holding hat ihre Aufgabe sehr gut erfüllt, erklärte GR. EDER (SPÖ). Holding-Betriebe, wie z. B. die EKAZENT, die Heizbetriebe oder auch das Theater an der Wien und die Stadthalle leisten Vorbildliches.

Wien ist die einzige Stadt Österreichs, die eine Kraft-Wärme-Kupplung für die Fernwärme einsetzt. Damit haben die Wiener Heizbetriebe eine Entwicklung eingeleitet, die derzeit in der westlichen Welt als das Non-Plus-Ultra angesehen wird. Neben der bestehenden Fernwärmeleitung von Simmering in die Innere Stadt gibt es seit kurzem eine neue Leitung von der Innenstadt nach Kagran. Durch den Einsatz von Fernwärme auf dieser Leitung werden rund 15.000 Tonnen Heizöl schwer pro Jahr erspart - das sind bei den derzeitigen Preisen 50 Millionen Schilling. Die Auslastung der Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering konnte mit der neuen Leitung von 39 auf 70 Prozent gesteigert werden.

Eder befaßte sich auch mit dem Ausbau des Wiener Hafens und betonte, daß im Falle eines Baus des Donau-Oder-Elbe-Kanals Vorkehrungen getroffen werden müßten, daß die Hafenstadt Wien nicht umfahren wird. Ein Stichkanal durch das Marchfeld nach Wien wäre erforderlich. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

27 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Wortmeldung wies Stadtrat NEUSSER (ÖVP) den Vorwurf zurück, daß die ÖVP und die Kammer Wien nichts unternehmen, um den Abfluß von Wiener Geldern ins Umland zu verhindern.

Im Bereich der "Biomüll" bestehe eine Rattenplage, kritisierte GR. Dipl.-Ing. DDr. STUNZ (ÖVP). Dieser Betrieb hat nicht einmal einen Müllbunker und ist nicht umweltgerecht.

Die EBS erzeugt Schlacke. Daraus könnte, so Strunz, Alternativsalz für die Streuung gewonnen werden.

Die Hauptkläranlage funktioniert noch immer nicht reibungslos. Der scheußliche Geruch ist nach wie vor wahrnehmbar. Alle eingeholten Gutachten haben festgestellt, daß bereits bei der Vorklärung entsprechende Maßnahmen gesetzt werden müssen. Zielführende Schritte sind rasch zu setzen. Strunz stellte den ANTRAG, die Hauptkläranlage durch wirksame Maßnahmen zu sanieren und voll funktionsfähig zu machen. Dazu sollen folgende Vorschläge verwirklicht werden:

- o Einsatz mobiler Tauchbelüfter
- o Ständige Überwachung und kontinuierliche Probeentnahme im Zu- und Ablauf
- o Falls notwendig, Einsatz eines wirksamen Oxidationsmittels zur Geruchslosmachung und Entgiftung. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Ut.: Städtische Dienstleistungen

=++++

28 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) BR. JEDLETZBERGER (ÖVP) verwies auf die hohen Energiekosten und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben. Österreich ist zu 69 Prozent importabhängig, die Abhängigkeit steigt. Die Kraft-Wärme-Kupplung bringe zwar eine Energieersparnis, es ist jedoch nicht geklärt, ob ihr Einsatz in jeder Hinsicht wirtschaftlich ist. Erfahrungen gibt es derzeit nur für große Anlagen. Auch verschiedene andere Energiereserven würden nicht oder nicht ausreichend genutzt. Jedletzberger sagte weiter, daß bei der ÖMV in Schwechat derzeit Abwärme teuer vernichtet wird, während damit 500.000 Quadratmeter Gewächshausflächen und zahlreiche Wohnhäuser beheizt werden könnten. Die Gesamtmenge an Heizöl mittel, die erspart werden könnte, bezifferte Jedletzberger mit 84.000 Tonnen pro Jahr. Jetzt gehe es um die Finanzierung der Zuleitung. Gespräche darüber seien jedoch ins Stocken geraten.

Schließlich widmete sich Jedletzberger dem Bleigehalt im Benzin. Er sagte, die Gärtner würden bestraft, wenn in ihren Produkten Blei festgestellt werde. Es stamme jedoch aus der Atmosphäre und gelange ohne Zutun der Gärtner in die Pflanzen. Er forderte Maßnahmen zur Herstellung von bleifreiem Benzin und bot die Biosprit-Erzeugung als Alternative an. Die Kosten der Beimengung betragen 10 Groschen pro Liter bei Normalbenzin. Diesen Betrag sollte es uns wert sein, wenn es um unsere Gesundheit geht. (Forts.)
and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

29 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HABERL (SPÖ) verwies darauf, daß sich die FPÖ mit Prutscher als Firmenchef der Rinter AG ein imaginäres Feindbild geschaffen habe. Ausgangspunkt für das Projekt waren wachsende Müllberge und volle Deponien. In einer Wiener Müllenquete suchten namhafte Fachleute nach Lösungsansätzen. Die Baudirektion überprüfte sodann die eingerichteten Konzepte. Das Rinter-Projekt erschien am geeignetsten. In einem Unterausschuß wurden die Mitglieder des Gemeinderats auch über andere Projekte und Möglichkeiten der Müllverwertung informiert. Der gesamte Gemeinderat gab dann dem Vertrag mit der Firma Rinter seine Zustimmung. Der Bürgermeister übernahm die politische Verantwortung für einen Beschluß, den alle drei Parteien gemeinsam gefaßt haben. Das Konkurrenzprojekt der Firma Andritz hat kein vollständiges Recycling garantieren können. Im Juni 1979 haben die Andritzer ihr Anbot an die Stadt Wien zurückgezogen. Danach hat das Werk Andritz mit Rinter einen Vertrag abgeschlossen, weil die Stadt Wien verlangt hat, daß österreichische Maschinen gekauft werden. Der Probetrieb in der Firma Rinter konnte erst am 1. Juli - statt am 1. April - aufgenommen werden, weil die Firma Andritz die Maschinen zu spät lieferte. Die ÖVP verlangt die Einstellung vertraglich fixierter Pauschalzahlungen, ohne das Ergebnis der von ihr geforderten Überprüfung abzuwarten. GR. Haberl beantragte, im Namen der SPÖ, daß die monatlichen Zahlungen an Rinter als a-conto-Zahlungen zu deklarieren sind. Rinter ist kein Prestige-Projekt, sondern eine Notwendigkeit für die Wiener Müllversorgung. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

30 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) betonte, daß die Auftragsvergaben und damit die Rinter AG restlos geklärt werden müssen. Zur Vertragsgeschichte sagte Hirnschall, daß im Ausschuß das zurückgezogene Angebot der Firma Andritz nicht erwähnt worden ist.

Zum Vertrag selbst sagte Hirnschall, daß dieser den Begriff Probetrieb nicht enthält, sondern vorsieht, daß das volle Honorar von 126 Millionen Schilling für die Abnahme der vollen Jahresleistung von mindestens 300.000 Tonnen Müll bezahlt wird. Die Stadt Wien zahlt seit 1. Juli die vollen Monatsraten, ohne daß eine adäquate Leistung geboten wird. e vollen Monatsraten, ohne daß eine

Hirnschall erinnerte daran, daß sich die FPÖ schon immer dafür ausgesprochen hat, in diesem Fall nur ein aliquotes Entgelt zu entrichten und daß von Stadtrat Nittel in einer Gemeinderatssitzung im Februar die selbe Meinung vertreten wurde. Von der Rinter AG wurden wiederholt Versprechungen gemacht, wann der Vollbetrieb aufgenommen wird.

Stadtrat Veleta wurde durch laufende Fehlinformationen in die Irre geführt. In der Person von Oberamtsrat Kuderna der sowohl als p.r.-Mann der Rinter AG als auch als Aufsichtsratsvorsitzender fungiert, liegt eine eklatante Interessenkollision vor. Abschließend wandte sich Hirnschall den von den drei Parteien eingebrachten Anträgen zu und sagte, daß die FPÖ mit dem Antrag, die Zahlungen sofort einzustellen und die bisherigen Zahlungen für zukünftige Leistungen zu verrechnen, am weitesten gegangen ist.

Sowohl die SPÖ als auch die ÖVP sehen eine Fortsetzung der Zahlungen an die Rinter AG vor, was in beiden Fällen der Stadt Wien zum Nachteil gereichen kann. In der derzeitigen Situation ist eine weitere Zahlung nicht zu verantworten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

31 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHNEIDER (ÖVP) sprach sich für einen weiteren Einsatz der Müllpressen auf den Wiener Märkten aus, der seinerzeit von ihm angeregt worden sei. Schneider hob das gute Einvernehmen zwischen der Magistratsabteilung 59 und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft hervor, wodurch es wenig Probleme auf den Märkten gebe.

Die Landstraßer Hauptstraße ist die einzige große Geschäftsstraße mit zwei frequentierten Märkten, dem Augustinermarkt und dem Landstraßer Markt. Durch langdauernde Bauarbeiten kann man, wie das Beispiel Praterstraße zeigt, einer Geschäftsstraße sehr schaden. In der Landstraßer Hauptstraße sind die Geschäftsleute im Zusammenhang mit dem Bau der künftigen U-Bahn-Linie U 3 verunsichert.

Zusätzliche Belastungen entstehen dadurch, daß die vor wenigen Jahren errichteten Kühlräume jetzt wieder weg müssen. Mit geringen finanziellen Mitteln wären Verbesserungen für die Kaufleute des Landstraßer Marktes möglich. Dazu gehört zum Beispiel eine Reduktion der Mieten. Unbedingt notwendig wird eine direkte Verbindung des Marktes mit der künftigen U-Bahn-Station sein.

Schneider verwies auf Anträge der Landstraßer Bezirksvertretung das Grundstück Landstraßer Hauptstraße 11 für Parkplätze zu nützen und die beiden leerstehenden alten Markthallen abzubrechen und einer nutzbringenden Verwendung zuzuführen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Städtische Dienstleistungen

=++++

32 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort stellte Stadtrat VELETA (SPÖ) fest, daß er bei der Wiener Holding als Eigentümerversreter nicht nur die Beobachterrolle spiele. Offene Fragen werden in der Beteiligungskommission diskutiert. Der Vertrag der Rinter AG wurde mit großer Präzision und Genauigkeit ausgearbeitet. Allen Mitgliedern des Hauses stehen die Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung. Die politische Verantwortung sei von allen mitzutragen, die den Vertrag beschlossen haben. Die Kontrollmöglichkeit der Stadt Wien ist durch Mitarbeiter von Beamten im Aufsichtsrat gegeben. Von Juli bis Oktober 1981 wurden 1.870 Müllwagen mit 7.480 Tonnen Müll an die Rinter AG angeliefert und verarbeitet. Derzeit sollen die zweite Kontrollamtsprüfung und die Untersuchung durch die Magistratsdirektion abgewartet werden. Für die Sperrfriedhöfe stehen ausreichende Mittel zur Verfügung. Die Erwerbung von Grundstücken ist besonders in Stadterneuerungsgebieten schwierig, wird jedoch weiter forciert. Die Geruchsbelästigungen bei der Kläranlage und bei der EBS sind weitgehend beseitigt. In diesem Industriegebiet des 11. Bezirkes gibt es jedoch auch Geruchsbelästigungen von anderen Firmen. Untersuchungen erfolgen laufend durch die Magistratsabteilung 30. Anstehende Fragen sollen gemeinsam in Diskussion mit der Opposition untersucht und geklärt werden. Auch den Sorgen der Wiener Bauern nimmt sich die Stadt Wien an. Die Nutzung der Abwärme wird ein weiterer Untersuchungsgegenstand sein. Am Landstraßer Markt gibt es Überlegungen für einen zusätzlichen Stiegenaufgang für die U-Bahn. Die polnische Halle soll demnächst abgerissen werden. Hier gibt es noch Schwierigkeiten mit der Absiedlung einer Trafik. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

33 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Als zwei Schwerpunkte seines Ressorts im kommenden Jahr nannte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) Grün und Umweltschutz. So sei beabsichtigt, das Parkerneuerungsprogramm fortzusetzen, eine Maßnahme, die den Menschen das Erleben der Natur erleichtern soll. Parks sollen in der unmittelbaren Umgebung der Menschen sein, sagte Stadtrat Schieder, die Beseerparks müssen den Gewohnheiten der Bevölkerung angepaßt werden. Die Begrünung der Innenhöfe und der Hinterhöfe soll fortgesetzt werden. Es habe sich jedoch gezeigt, daß viele Hausbesitzer trotz angebotener Förderung der Stadt Wien von entsprechenden Maßnahmen Abstand genommen haben. In diesem Zusammenhang verwies Schieder auf die Verantwortung der privaten Hausbesitzer für das Grün in der Stadt.

Große Grünflächen am Stadtrand sollen erhalten beziehungsweise neu ausgestaltet werden. Der Laaer Berg wird im kommenden Jahr der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Programme für die Lobau und den Bisamberg werden fortgesetzt. Beim Bisamberg zeige sich jedoch, daß Wien für die Erhaltung der Grünbereiche eintritt, während auf niederösterreichischer Seite Bauwerke entstehen. Stärkere Maßnahmen müssen auch gegen den Vandalismus gesetzt werden: Die Schäden, die jährlich in den Parkanlagen angerichtet werden, erreichten im heurigen Jahr bereits eine Höhe von 13 Millionen, das entspricht den doppelten Ausgestaltungskosten für den Hamerlingpark. Das Alleeprogramm (Erhaltung und Schaffung) wird fortgesetzt; derzeit laufen Untersuchungen über den Einfluß von Streusalz auf Alleebäume. Die Ergebnisse werden im Frühjahr vorliegen. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

34 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Auf dem Umweltsektor sollen die Maßnahmen in den Bereichen "Luft" und "Lärm" fortgesetzt werden. Schieder verwies darauf, daß es ein Netz von Meßstellen für die Luftgüte gibt, die Smoggefahren zeitgerecht erkennen ließen. Die Luftreinhaltene Novelle schafft die rechtlichen Voraussetzungen für Maßnahmen.

Der Wasserbericht werde in Kürze vorliegen, sagte Stadtrat Schieder. Das Naturschutzgesetz werde im kommenden Jahr im Landtag behandelt. Grünwünsche müßten geäußert werden, wenn dies am wirkungsvollsten ist, nämlich im Zusammenhang mit der Änderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. Energisch wandte er sich gegen eine Entschwefelungsanlage der ÖMV in der Lobau.

Hinsichtlich der Bereiche Freizeit und Sport verwies Schieder auf die großzügige Förderung der Stadt Wien und betonte die Möglichkeit zu offener Sportausübung zum Beispiel auf der Donauinsel und Neuen Donau, durch Radfahren und Wandern, in Zukunft auch durch Leichtathletik. Das größte Interesse am Sport besteht bei den Unter-20jährigen und in der Altersgruppe zwischen 40 und 50 Jahren. Auch sei es bei Akademikern und Maturanten höher als bei Absolventen einer Pflichtschule. Auf diese Strukturen müsse man bei den Sportmöglichkeiten Rücksicht nehmen. Die Wahl der Sportarten dürfe man nicht nur der Werbung überlassen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Umwelt und Freizeit

=++++

35 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) GR Dipl.Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete die Donauinsel als ein echtes Freizeitangebot, das auch von der Bevölkerung gut aufgenommen worden sei. Er habe aber den Eindruck, daß in letzter Zeit der verbesserte Hochwasserschutz in den Hintergrund getreten sei. Dies mache sich auch durch den Rückgang der Mittel für den Ausbau des rechten Donauufers im Voranschlag 1982 bemerkbar.

Das Grünland in Wien und Umgebung wird in letzter Zeit immer mehr eingeengt, 50 bis 60 Hektar jährlich gehen damit verloren. Die Grünreserven drohen abzunehmen.

Den Belangen des Umweltschutzes müsse in allen Planungsvorhaben Rechnung getragen werden. Die Gewichtung des Umweltschutzes sei im Vergleich zu den technischen oder wirtschaftlichen Problemen noch immer zu gering. "Die Beseitigung von Umweltschäden ist teurer, als die Erhaltung der Umwelt", bemerkte GR. Pawkowicz abschließend.

Kulturstadtrat Dr. ZILK (SPÖ) betonte in einer kurzen Wortmeldung ausdrücklich, daß er in der Entschuldigung für seine am Dienstag gewählten Ausdrucksweise Dr. Heribert Steinbauer persönlich miteinbezieht.

Die Sitzung wurde um 18.05 Uhr unterbrochen und wird Donnerstag, um 9 Uhr, mit der weiteren Debatte über die Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit fortgesetzt. (Schluß) fk/ap

(Ende des Sitzungsberichtes)

NNNN